

Israels Oppositionspolitiker sehen eine „Revolution“ bei den nächsten Wahlen (Spielverderber-Einwurf: Das wird nicht passieren)

Jonathan Ofir zu den israelischen Wahlen in Mondoweiss vom 27.12.18

Als Reaktion auf die Nachrichten über die bevorstehenden vorgezogenen israelischen Parlamentswahlen, die für den 9. April angesetzt sind, twitterte die Oppositionsführerin Tzipi Livni (Zionistische Union): „Von nun an, sagen wir nicht Wahltag, sondern Revolutionstag.“

Sie twitterte auf Hebräisch und benutzte den hebräischen Begriff MAHAPACH, der der „Revolution“ (MAHAPECHA) ähnelt und nur etwas lockerer klingt.

Der ehemalige Premierminister Ehud Barak benutzte den gleichen Ausdruck vor anderthalb Jahren, als Avi Gabbay zum Vorsitzenden der Arbeitspartei gewählt wurde. Und wirklich ist nichts passiert. Gabbay, der erst vor kurzem als Minister in der Regierung Netanyahu gedient hatte, kündigte sofort an, dass er nicht in Betracht ziehen würde, sich mit der Gemeinsamen Liste der arabischen Parteien zu verbinden, und stellte die Rechte zufrieden, indem er sagte, dass die „Linke vergessen hat, was es bedeutet, Jude zu sein“ und afrikanische Flüchtlinge als „Infiltratoren“ zu vertreiben.

So sieht der der israelische Zionist aus, der noch übrig geblieben ist. Die Haaretz-Journalistin Amira Hass nannte die israelische *Labour* gestern „die nicht-messianische Rechte“ (im Gegensatz zur Siedlerrechten). Das sind alles nur Schattierungen des „israelischen siedlerkolonialistischen Regimes“, wie Hass auch schrieb.

Die Umfragen sagen einen großen Sieg für Netanyahus *Likud* voraus, der die derzeit 30 Parlamentssitze (von 120) in etwa beibehalten wird, was ihn mit Abstand zur größten Partei macht. Auch wenn die meisten Befragten Netanyahu nicht als Premierminister wollen, werden sie ihn mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder bekommen.

Netanyahu wird wahrscheinlich zu seiner üblichen Rassenhetze greifen, wie er es bei den letzten Wahlen getan hat, als er am Wahltag sagte, dass „die Araber in Scharen zur Wahl kommen würden“. **Ayman Odeh, der Vorsitzende der *Gemeinsamen Liste*, hat das bereits sarkastisch vorweggenommen, indem er sagte, dass die palästinensischen Bürger Israels tatsächlich „in Scharen zur Wahl kommen werden“. Aber selbst wenn sie es tun, ist Israel bereits darauf vorbereitet, sie zum Schweigen zu bringen und sie zu ignorieren.** Sogar die zionistische „Linke“ wird sie nicht bei sich haben wollen.

Israel hat es von Anfang an geschafft, ein System zu schaffen, in dem die Politik im Wesentlichen von zionistischen Juden entschieden wird, um so einen jüdischen Staat aufrechtzuerhalten, von dem sie behaupten, er sei demokratisch. Dies ist eine erstaunliche Leistung. Man nennt es „Demographisches Engineering“. Die Professoren Richard Falk und Virginia Tilley haben dies in ihrem eindrucksvollen Bericht über die israelische Apartheid (2017) im Auftrag einer UN-Agentur festgestellt:

„Die erste grundlegende Leitlinie Israels war die der demographischen Herangehensweise, um eine überwältigende jüdische Mehrheit in Israel zu etablieren und zu erhalten. Wie in jeder rassistisch

bestimmten ‚Demokratie‘ erlaubt eine solche Mehrheit die Charakteristika der Demokratie - demokratische Wahlen, eine starke Legislative -, ohne den Verlust der Hegemonie durch die dominante ethnische Gruppe zu gefährden.“

Anzumerken ist, dass Israel diese Mehrheit mit den Mitteln der ethnischen Säuberung geschaffen hat.

Deshalb kann in der israelischen Politik wirklich nichts grundlegend Bedeutungsvolles und schon gar nichts Revolutionäres passieren. Denn der Zionismus ist gesichert. Er wird sogar durch das „Verfassungsgesetz“, gesichert, das beinhaltet, was eine Partei vertreten darf. Ein grundlegendes Gesetz hat eine Ergänzung (angenommen 1985), die einen Abschnitt enthält, der es verbietet, dass bestimmte Arten von Parteienlisten für die Wahl kandidieren:

Eine Kandidatenliste darf nicht an den Wahlen zur Knesset teilnehmen, wenn ihre Ziele oder Aktionen, ausdrücklich oder indirekt, eine der folgenden sind:

„(1) Negation der Existenz des Staates Israel als Staat des jüdischen Volkes;

(2) Negation des demokratischen Charakters des Staates;

(3) Aufstachelung zum Rassismus“

Achten Sie auf diese bedeutungsvollen Punkte: „Anstiftung zum Rassismus“ und „demokratischer Charakter“, die nach dem „Staat des jüdischen Volkes“ kommen.

Diese letzte Formulierung wurde in diesem Sommer in einem separaten „Basisgesetz“, dem „Nationengesetz des jüdischen Volkes“, verankert.

Stellen Sie sich vor, dass eine Partei in Israel versucht, sich für ein säkulares, demokratisches Land mit gleichen Rechten für alle Bürger einzusetzen. In liberalen Demokratien auf der ganzen Welt wäre das auf den ersten Blick ein Kinderspiel. Natürlich würden sie dem Prinzip zustimmen. Aber nicht in Israel. In Israel ist es einfach verfassungswidrig (obwohl Israel noch keine vollständige Verfassung geschaffen hat). In Israel wäre das eine Revolution - und eine, die der Staat nicht zulassen würde.

Ein aktuelles Vorkommnis ist in diesem Zusammenhang aufschlussreich:

In diesem Jahr haben die Mitglieder der *Balad*-Partei (Teil der Gemeinsamen Liste) ausgerechnet als Antwort auf die Vorlage des Entwurfs des Nationsgesetzes versucht, einen ähnlichen Gesetzentwurf, auch ein „Grundgesetz“ zu propagieren, nur eines, das Israel als „Land aller seiner Bürger“ definiert. Die Gesetzesvorlage durfte nicht einmal eingebracht werden. Die Knesset hat ein Zusatzprotokoll zu Gesetzentwürfen (Artikel 75), das besagt, dass „das Knessetpräsidium keinen Gesetzentwurf annehmen wird, der nach seiner Auffassung die Existenz des Staates Israel als Staat des jüdischen Volkes leugnet, oder der in seinem Wesen rassistisch ist“. Somit wurde die Vorlage disqualifiziert. Sogar die Knesset selbst stellte fest, dass die Disqualifizierung „höchst ungewöhnlich“ war, da zum ersten Mal innerhalb der letzten beiden Knessetperioden ein Entwurf abgewiesen wurde, bevor er im Plenum diskutiert wurde.

Balad brachte hat die Angelegenheit vor den Obersten Gerichtshof. Die Richter waren anscheinend erleichtert, als sie am Montag die Nachrichten über die bevorstehenden Wahlen hörten, weil sie als

Alibi für die Einstellung des Falles dienen könnten. Orly Noy berichtet (in Local Call, Hebräisch, meine [J. Ofir] Übersetzung):

Nun, da sich diese Knesset ohnehin auflöst, wird die Beschwerde theoretisch, da die Knessetmitglieder in der Lage sein würden, den Gesetzesvorschlag der nächsten Knesset vorzulegen, die durch die Entscheidung des derzeitigen Präsidiums nicht verpflichtet wäre.“

Puh, das ist eine Erleichterung. Stellen Sie sich vor, Sie müssten die Gültigkeit des „jüdischen Staates“ gegen die Gültigkeit eines weltlichen, demokratischen Staates aller seiner Bürger diskutieren. Noy fasst zusammen:

Es besteht kein Zweifel, dass diese Klage das Gericht in Verlegenheit brachte, die jeden trifft, der auf dem „Jüdischen und Demokratischen“ besteht: Wenn es die Klage akzeptiert, wird er sich heftiger Kritik aussetzen und beschuldigt werden, dass er den jüdischen Charakter des Staates gefährde. Wenn sie sie ablehnen, würden sie der Tatsache ein offizielles Gütesiegel verleihen, dass die israelische Demokratie per definitionem eine begrenzte Angelegenheit ist.

Alles, was wir bei dieser bevorstehenden Wahl sehen werden, ist eingebettet in dieses Paradigma - den Nationalstaat des jüdischen Volkes. Juden können dieses Spiel der „Demokratie“ spielen, und es wird viel Lärm gemacht werden um diese und jene Person, die das Gleichgewicht zum Kippen bringen kann und um eine „Revolution“ hier und da. Aber nichts, nichts von Substanz wird in irgendeiner Weise geschehen, die für die Palästinenser unter der Kontrolle dieses jüdischen Nationalstaates von Bedeutung ist.

Von welcher „Revolution“ sprechen dann Leute wie Barak und Livni?

Barak - der „linke Held“, der Trumps rassistische Warnung vor seinem Amtsantritt von „Mohammed“ feierte, der beklagte, dass die USA Jerusalem bereits vor 65 Jahren nicht als Hauptstadt Israels erkannten, und der damit prahlt, wie die Linke „Judäa und Samaria befreite“ - deutet nun an, dass er in das Wahlkampfrennen eintreten könnte. Er förderte einen großen Mitte-Links-Block und forderte die Politiker auf, „ihr Ego beiseite zu lassen“:

„Wenn ein Mitte-Links-Block zusammenwächst, der von einem Mann geführt wird, der sowohl Wahlen gewinnen als auch das Land regieren kann, wird er die Wahl gewinnen. Es ist mir wichtig, dass dieser Block gebildet wird - sicherlich könnte ich ihn führen, ich habe [eine Partei] zum Wahlsieg über Netanyahu geführt - aber ich kann mich nicht zur Bedingung für die Bildung des Blocks machen“, sagte er gegenüber Hadashot TV.

Ich kann es nicht erwarten, dass der linke Held uns rettet.

Und Livni - die Zentristin, die Israel dazu beglückwünschte, „echtes Rowdytum“ gezeigt zu haben und im Angriff 2008/09 in Gaza „ausgerastet“ zu sein, die den Kampf gegen die Bewegung für Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen als „Delegitimierung“ bezeichnet, sie wird sicherlich den Wandel herbeiführen...

Die israelischen Wahlen sind im Wesentlichen ein Scheingefecht zwischen rechts- und linksgerichtetem Zionismus, zwischen etwas mehr und etwas weniger Fundamentalismus.

An dieser liberal-zionistischen Front ist der führende amerikanisch-jüdische Kolumnist Peter Beinart. Gestern forderte er im *Forward* „junge Antizionisten“ auf, „sich unwohl zu fühlen, wie ich es mit meinem Zionismus tue“. In einem persönlichen Brief an einen ungenannten Antizionisten bringt er die Romantik dessen zur Sprache, was der Zionismus hätte sein können - ein binationaler, obwohl er gegen diesen argumentiert. Er erklärt, dass er „die diskriminierenden Bodengesetze Israels ändern, *Hatikva* eine Strophe hinzufügen würde, die von den Hoffnungen der zwanzig Prozent der israelischen Bürger spricht, die keine Juden sind [eigentlich über 25%, J.O.], und mit der Tradition brechen würde, die arabische Parteien von den Koalitionsregierungen Israels auszuschließen“.

Nun, das scheint nicht zu passieren, das ist nicht einmal abzusehen.

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: mondoweiss.net/2018/opposition-revolution-election/